

Mehr Geld für die Verteidigung?

Rainer Arnold

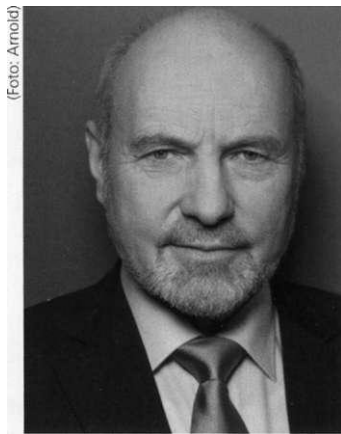
Seit der Ukraine Krise haben wir im Bündnis wieder eine Debatte über steigende Rüstungs- und Verteidigungsausgaben. Nicht die zukünftigen Aufgaben der Militärallianz stehen im Mittelpunkt politischer Diskussionen, sondern die Ausgaben für ihren Erhalt. So nutzt der scheidende NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen die vermeintliche Gunst der Stunde und appelliert an die europäischen Mitgliedsländer, ihre Verteidigungsausgaben nicht weiter zu kürzen, sondern wieder mehr Geld für die Bündnisverteidigung auszugeben. Seinem Nachfolger, dem früheren norwegischen Ministerpräsidenten Stoltenberg, hat er damit einen Bärendienst erwiesen.

Nun scheint angesichts der Ukraine Krise die Zeit für ihn zu arbeiten. Aber gibt es tatsächlich einen „roll back“ für die gute alte NATO, ist „die Sinnkrise der Allianz überwunden“, wie ein Kolumnist der „Zeit“ schon vermutet?

Ich denke, bei realistischer Betrachtung kann man diesen Gedanken verneinen. Es wird nicht wesentlich

mehr Geld für die Aufstockung der Verteidigungsetats der Mitgliedsländer geben. Eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Allianz, die Bündnisverteidigung, halte ich allerdings für dringend geboten. Die Bündnisverpflichtung war und bleibt das eigentliche Herz der NATO. Diese Aufgabe unter geänderten Rahmenbedingungen auch in Verbindung mit den neuen Herausforderungen sicherzustellen, hat Rasmussen versäumt. So wurde von Gipfel zu Gipfel offensichtlich, dass die NATO vor allem unter Ihrem Bedeutungsverlust leidet, anstatt neue Wege der glaubhaften Bündnisverteidigung mit einer stärkeren Arbeitsteilung zu suchen. Nach dem Ende des Kalten Krieges suchte das Bündnis lieber neue Aufgaben, die Mitgliedsländer verkleinerten ihre Streitkräfte und senkten ohne gegenseitige Abstimmung ihre Verteidigungsausgaben; Mittelmaß statt Prioritätensetzung ist in vielen Bereichen das Ergebnis.

Rainer Arnold MdB ist Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



(Foto: Arnold)

Die gelegentlich zu starke Fokussierung der Debatten auf die Beiträge der NATO zur Internationalen Krisenbewältigung hat den Blick auf die Bündnisverteidigung häufig verstellt. Dabei wurde auch den Mitgliedsländern nicht ausreichend vermittelt, dass Bündnisverteidigung und Krisenbewältigung

zwei Seiten einer Medaille sind. Angesichts des militärtechnischen Wandels müssen und können für beide größtenteils deckungsgleiche Fähigkeiten vorgehalten werden. Europäische Union und Nordatlantische Allianz sind als politische und militärische Bündnisse nicht nur unverzichtbar, sie können sich auch auf das Beste ergänzen.

Veränderte Strukturen bei den Streitkräften

Die sich aus der Mitgliedschaft in NATO und EU ergebenden Verpflichtungen spiegeln sich in Auftrag und Aufgaben der Streitkräfte wider. „Nur wer Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung anbietet, kann im Bündnis mitgestalten. Die strategischen Vorgaben der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union haben damit auch Auswirkungen auf Wehrform, Aufgabe, Umfang, Struktur, Ausrüstung und Organisation der Streitkräfte.“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2011, VPR)

Die internationale Zusammenarbeit gewinnt für die Bundeswehr zunehmend an Bedeutung, denn durch die gemeinsame

Übernahme von Verantwortung wird die Einsatzbelastung geteilt. Dadurch können Kräfte und Fähigkeiten effektiver und effizienter über einen langen Zeitraum bereitgestellt werden und knappe Ressourcen wie finanzielle Mittel eingespart werden. „Einsätze der Bundeswehr im Ausland werden grundsätzlich gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen von UN, NATO und EU geplant und durchgeführt. Kooperation, Standardisierung und Interoperabilität von Streitkräften im NATO- und EU-Rahmen sind Voraussetzung zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungsfähigkeit von militärischen Fähigkeiten.“ (VPR 2011, S.13)

Dabei wird nicht nur im Kontext gemeinsamer Einsätze und Missionen kooperiert. Gemeinschaftliche Projekte, die auf NATO-Ebene unter der Bezeichnung „Smart Defence“ firmieren und in der EU als „Pooling & Sharing“ bekannt sind, gewinnen aufgrund von Sparzwängen zunehmend an Bedeutung. Heute müssen zweifellos nicht mehr alle Staaten im Bündnis über sämtliche militärischen Fähigkeiten verfügen, doch jede Nation muss sich entscheiden, welche Elemente zum Kern ihrer Verteidigungsfähigkeit zählen und welche Fähigkeiten sie bereit ist aufzugeben oder nur noch gemeinschaftlich mit Partnern bereitzustellen.

Doch bis heute wurden diese Ziele nicht erreicht. Die Umsetzung der Fähigkeitskataloge basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten ist bereit (und in der Lage!), die nötigen Finanzmittel zum Schaffen der definierten Fähigkeiten bereitzustellen. Der Zwang zur Konsolidierung der nationalen Haushalte hat die Situation noch verschärft. Seitens der Bundesregierung gibt es erst wenige Aktivitäten, den Status quo bei der Stagnation



Malische und deutsche Ausbilder bei der EU Trainingsmission (EUTM) im Koulikoro Training Camp (KTC) in Mali



Soldaten einer EU-Battlegroup aus verschiedenen Nationen bei der Übung

der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu beenden. Aber zu der gemeinsamen strategischen Ausrichtung mit Frankreich und Großbritannien gibt es keine Alternativen. Wir müssen unsere erforderlichen Fähigkeiten und die notwendigen Planungs- und Entscheidungsstrukturen zusammen abstimmen, um durch eine Aufgabenteilung innerhalb der EU die NATO zu entlasten. Hier kommt Deutschland in der Mitte Europas eine Führungs- und Gestaltungsaufgabe zu.

Auf dem letzten NATO-Gipfel 2012 in Chicago ging es neben der Einrichtung eines Raketenabwehrschirms vor allem darum, wie die NATO mit ihren 28 Mitgliedstaaten an die Erfordernisse gemeinsamer Sicherheit angepasst werden kann und welche Verpflichtungen sich aus dem Konzept „Smart Defence“ für gemeinsame Rüstung und militärische Zusammenarbeit ergeben. Aus deutscher Sicht lohnt es, sich intensiv mit „Smart Defence“ zu befassen, denn es ist mit gravierenden Auswirkungen für unser Land und dabei insbesondere für die Bundeswehr verbunden.

Effizienzgedanke muss in den Vordergrund

Angesichts knapper Mittel in fast allen europäischen Verteidigungshaushalten muss der Effizienzgedanke in Zukunft eine weit stärkere Rolle spielen. Deutliche Synergien bei strategischen Fähigkeiten, die sich vor allem in der Ausrüstung und im gemeinsamen Betrieb widerspiegeln, sind allenfalls in Papieren und in wenigen praktischen Ansätzen sichtbar. Die jüngsten Schritte der niederländischen Armee in Richtung einer deutlich stärkeren Zusammenarbeit mit Deutschland sind hier richtungweisend und daher zu begrüßen. Das Konzept der EU-Battlegroups muss ebenfalls überprüft und an die neue Sachlage angepasst werden. So erscheint der stetige Wechsel im Halbjahresrhythmus mit unterschiedli-

cher Zusammensetzung der Truppenteile und die Einbringung variierender Fähigkeiten neben dem fehlenden politischen Willen in einigen Mitgliedstaaten für uns als die wesentlichen Gründe, warum die EU Battlegroups nicht zum Einsatz kommen. Auch wird es unumgänglich sein, ein stehendes EU-Hauptquartier auf militärstrategischer Ebene zu errichten, welches über ausreichende personelle und materielle Ausstattung verfügt, um die Herausforderungen der EU im militärischen Bereich auch wirklich planen und durchführen zu können. Es liegen hohe Erwartungen auf dem neuen NATO-Generalsekretär und den Akteuren der EU, denen für diese Herkulesaufgabe eine glückliche Hand nur zu wünschen ist.

„Smart Defence“ macht selbstverständlich Sinn, vor allem wenn man sich die finanzielle Situation der Mitgliedstaaten ansieht. Überall, auch in den USA und Großbritannien, muss gespart werden. Das wirkt sich zwangsläufig auf die Verteidigungsetats der Nationen aus. Mehr Kooperation mit gemeinsamer Aufgaben- und Lastenteilung sind die einzige realistische Antwort zur Bewahrung der Stärke des Bündnisses. Ein Beauftragter der Bundesregierung für die vertiefte europäische Kooperation und Koordination in den Bereichen Verteidigung und Rüstung könnte hier Abhilfe schaffen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Lastenteilung überwiegend von den starken wirtschaftlichen Nationen zu schultern ist. Von Deutschland als wirtschaftlich stärkstem Land in der EU werden also finanzielle Mehrbeiträge erwartet. Dies dürfte kaum zu einer Entlastung unseres Verteidigungsetats beitragen.

Die Weiterentwicklung des Framework Nations Concept in den Strukturen der NATO

ist grundsätzlich zu begrüßen, wir müssen aber unser gesamtes politisches und wirtschaftliches Gewicht in diesen Gestaltungsprozess einbringen. Dies war leider in den letzten Jahren nicht der Fall. Die deutsche Untätigkeit in EU und NATO spiegelt sich auch in der mangelnden internationalen Einbindung der Bundeswehr wider: Die Bildung von gemeinsamen Fähigkeiten im Sinne von „PoolingS Sharing“ oder „Smart Defence“ wird kaum erkennbar. Wir sind der Auffassung, dass eine Priorisierung der Fähigkeiten zur Not sogar den Verzicht

auf einzelne Fähigkeiten mit einschließen können muss. Die kampfproben NATO und die EU mit ihrem vernetzten, friedensstabilisierenden Ansatz sind ein gutes Paar, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Erfolgreich können beide für die Zukunft nur sein, wenn ihre Mitglieder es mit Zusammenarbeit und Lastenteilung

„Europäische Union und Nordatlantische Allianz sind als politische und militärische Bündnisse nicht nur unverzichtbar, sie können sich auch auf das Beste ergänzen.“

ernst meinen. Mit der aktuellen Situation in der Ukraine hat das bei einer genauen Betrachtung wenig zu tun: Die Debatten innerhalb des Bündnisses besonders mit Polen und den baltischen Ländern, die sich mit Blick auf ihre Geschichte und ihrer Nähe zu Russland eine stärkere Präsenz der NATO wünschen, ist nicht wirklich neu. Bei allem Respekt vor den Sorgen der osteuropäischen Partner: Die Antwort der NATO auf die aktuelle Krise darf keinesfalls eine militärische und damit weiter eskalierende sein. Aber es muss deutlich bleiben, dass Artikel 5 des NATO-Vertrages die absolut verlässliche Basis für alle Partner im Bündnis bildet und auch in Zukunft die Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung so glaubhaft stark bleiben müssen, dass man sie wie in der Vergangenheit niemals zum Einsatz bringen muss.